

# Amtsverzicht als „Signal des Aufbruchs“

Nach dem schlechten Abschneiden der Grünen hat die Spitzenkandidatin Maïke Schaefer ihren Rückzug angekündigt. Sie beklagt Gegenwind aus der Bundespolitik

Aus Bremen **Eiken Bruhn**

Die Spitzenkandidatin der Grünen für die Bremer Landtagswahl, Maïke Schaefer, hat am Montag Verantwortung übernommen für das aus ihrer Sicht „mehr als enttäuschende“ Wahlergebnis ihrer Partei. Für mögliche Regierungsposten steht die derzeitige Bau-, Umwelt- und Verkehrsministerin danach nicht mehr zur Verfügung, ihr Mandat hat sie nicht zurückgegeben. Nach den Hochrechnungen von Sonntagnacht liegen die Grünen knapp unter zwölf Prozent.

Bei einer Pressekonferenz erklärte Schaefer, wie schwer ihr der Schritt falle, sie möchte keine Fragen beantworten. Dass ihr Amtsverzicht alternativlos ist, hatten Parteifreundinnen auf der Wahlparty am Vorabend angedeutet. „Das ist ein Signal des Aufbruchs, mit dem wir gestärkt in mögliche Sondersitzungen gehen“, sagte am Montag eine der beiden Grünen-Vorsitzenden, Alexandra Werwath. Die SPD hatte angekündigt, mit allen Parteien außer den rechtspopulistischen „Bürgern in Wut“ zu sprechen.

Werwath würdigte Schaefer's Verdienste. „Sie hat in Bremen den Kohleausstieg eingeleitet, den Umweltschutz vorangetrieben und im Wohnungsbau auch unter schwierigen Bedingungen viel erreicht.“ Auch überregional habe sie die Verkehrswende vorangetrieben. „Ohne dich gäbe es kein 49-Euro-Ticket.“ Dies sei ihr Verdienst als Vorsitzende der Verkehrsminderkonferenz, hatte Maïke Schaefer selbst gesagt, als sie ihre Erfolge aufzählte, darunter 10.000 überwiegend in dieser Legislaturperiode fertiggestellte neue Wohnungen sowie die Weideprämie für Milchviehhalter – die sie vor drei Wochen bei einer Podiumsdiskussion als

„beste Senatorin, die wir je hatten“, gelobt hatten.

Es sei nicht gelungen, Erfolge und grüne Programmatik im Wahlkampf zu vermitteln, so Schaefer, eine Einschätzung, die die Bremer Parteivorsitzenden teilen. „Wir haben in den vergangenen Jahren viel Verantwortung übernommen“, sagte der zweite Vorstandsvorsitzende Florian Pfeffer später im Rathaus, bei der sich die Parteivorsitzenden vor Journalist:innen zum Wahlausgang äußerten. Neben Maïke Schaefer gab es einen grünen Finanzsenator sowie eine grüne Sozialsenatorin – aber am meisten Aufmerksamkeit bekam die Senatorin, deren Politik unmittelbar im Alltag spürbar ist – wie im Fall der „Brötchentaste“, die in mehreren Bremer Einkaufsstrassen kostenfreies Kurzzeitparken erlaubte und kurz vor der Wahl auf Betreiben Schaefer's abgeschafft worden war, was zu einer hitzigen Debatte führte.

Florian Pfeffer verwies wie Schaefer darauf, dass den Grünen das Kopf-an-Kopf-Rennen von SPD und CDU geschadet habe. Aber anders als sie möchte er die Verantwortung nicht delegieren. Schaefer hatte bei der Pressekonferenz am Morgen wie schon am Vorabend von „starkem Gegenwind“ gesprochen. Gemeint ist die Energiepolitik des Bundesklimaschutzministers Robert Habeck, Stichwort „Wärmepumpe“.

„Wir müssen uns in Bremen kritische Fragen stellen“, befand hingegen Pfeffer. Die Menschen seien angesichts der vielen Krisen und Veränderungen verunsichert, „wir haben es nicht geschafft, ihnen zu vermitteln, wie sie mit diesen Veränderungen in ihrem Alltag fertig werden“. Doch wie genau den Grünen dieser Spagat gelingen soll, in politischer Verantwortung auf Klimaschutz zu drängen – ohne diejenigen gegen sich aufzubringen, die die Klima-

krise zwar fürchten, aber nicht bereit sind, daraus persönlicher Konsequenzen zu ziehen, das konnte er an diesem Montag nicht erklären.

Wie schwer das sein wird, zeigt der Hass, den viele grüne Wahlkämpfer:innen an den Ständen erleben, wie sie auf der Wahlparty am Vorabend erzählten. Besonders viel davon – und mit einer großen Portion Frauenfeindlichkeit garniert – sei über Maïke Schaefer ausgekübelt worden. So kolportieren Medien, Maïke Schaefer sei „schwierig“ gewesen und für Koalitionszweit verantwortlich. Christoph Spehr, Landesvorsitzender der Bremer Linkspartei, die in Bremen seit vier Jahren mit Grünen und SPD regiert, hat das anders erlebt. Bevor er sich wie die anderen Parteivorsitzenden zur Wahl äußerte, sprach er Maïke Schaefer „Respekt“ für ihren Rückzug aus und sagte, er habe „immer gut mit ihr zusammengearbeitet“.



Schwieriges Dilemma, Klimaschutz durchzusetzen, ohne Wähler\*innen zu vergraulen: Bremens bisherige Umweltsenatorin Maïke Schaefer  
Foto: Sina Schuldt/dpa

## Bürger in Wut schaffen sich ab

Die Rechten erhielten 10 Prozent der Stimmen. Nun fusionieren sie mit Bündnis Deutschland

Aus Bremen **Alina Götz**

Trotz ihres überraschend guten Ergebnisses bei der Bürgerschaftswahl in Bremen wird es die Bürger in Wut (BiW) bald nicht mehr geben. Hat sich die rechte Wählervereinigung zerstritten, wie schon der Bremer Landesverband der AfD? Im Gegenteil: Statt Spaltung steht Verschmelzung auf dem Plan – mit dem Bündnis Deutschland (BD), einer jungen, rechten Kleinstpartei, die sich als „liberalkonservativ“ bezeichnet. Bündnis Deutschland sollen dann auch der Landesverband sowie die Fraktion heißen, die die BiW erstmals in der Bürgerschaft bilden können. Sie liegen in den jüngsten Hochrechnungen bei knapp 10 Prozent.

Natürlich präsentiert man sich am Tag nach der Wahl auch gemeinsam: Piet Leidreiter und Jan Timke, BiW-Spitzenkandidaten für die Wahlkreise Bremen und Bremerhaven, sitzen zwischen Niklas Stadelmann und Walter Münich, Generalsekretär und stellvertretender Bundesvorsitzender von BD. Nach dem guten Ergebnis könne man sich, langfristig auch eine bürgerliche Koalition vorstellen“, sagt Timke, der als Mitbegründer seit 2008 für die BiW in der Bürgerschaft sitzt. Natürlich, „nur mit CDU und FDP“, sagt er auf Nachfrage. „Bevor die AfD koalitionsfähig ist, friert eher die Weser zu.“

## Bündnis Deutschland hat den Wahlkampf der Bürger in Wut mit 300.000 Euro unterstützt

Besonders gern spricht Timke davon, dass man auch Neu- und Nichtwählende habe überzeugen können. Dass die BiW von Formfehlern der AfD profitierten, wodurch die gar nicht erst antreten konnte, möchte man am Montag lieber kleinreden. Nach der aktuellen Schätzung der Wählerwanderung kommt aus dem AfD-Lager aber der größte Zuwachs: 7.000 ehemalige AfD-Wählende sind demnach zu den Bürgern in Wut gewandert. Doch damit lässt sich nicht alles erklären; auch von allen anderen Parteien zusammen kamen in etwa so viele Wählende zu den BiW. Besonders gravierend: In ihrer Hochburg Bremerhaven, einem der zwei Wahlkreise bei der Wahl, kommen die BiW sogar auf mehr als 20 Prozent. Bleibt es dabei, werden sie hinter der SPD zweitstärkste Kraft in der dortigen Stadtverordnetenversammlung. Bei den vorigen Wahlen war die Wählervereinigung nur in den Bremer Landtag eingekrickt, weil sie die 5-Prozent-Hürde in Bremerhaven geknackt haben, die dort separat gilt.

BD hat den Wahlkampf der BiW nach eigenen Angaben mit 300.000 Euro unterstützt. Für Stadelmann ist die Bremer Wahl, „der Startschuss für eine neue, bürgerlich-konservative Wende in Deutschland“. Aus am Montag ausliegenden Flyern geht hervor, dass BD bisher auf „Vernunft statt Ideologie“ setze und die Themen „Freiheit, Wohlstand, Sicherheit“ für wichtig halte. BD stehe zum „Autoland Deutschland“, lehne „politisch motivierte Sprachvorgaben“ ab und wolle Zuwanderung begrenzen. Das passt gut zu dem Ton, den die BiW im Wahlkampf angeschlagen hatten. Die Partei musste drei Tage vor der Wahl zugeben, dass auch ein offener Rechtsextremismus auf einer ihrer Listen stand. Andere Parteimitglieder haben ebenfalls Verbindungen in die rechtsextreme Szene und ins Rocker- und Rotlichtmilieu.

Die 1.000 Mitglieder von BD und die 180 von BiW müssen noch ihre Zustimmung zur Verschmelzung der beiden Parteien geben. Die nötigen Abstimmungen gab es schon, nur ausgezählt wurde bisher nicht. Das soll noch im Mai erfolgen.

## Die SPD flirtet mit allen

Der Bremer Wahlsieger und Sozialdemokrat Andreas Bovenschulte hält sich alle Optionen offen. Ein Bündnis mit der CDU wäre nicht nur rechnerisch möglich. Aber es gibt inhaltliche Hürden

Aus Bremen **Jan Zier** und aus Berlin **Anna Lehmann**

Die Nacht war kurz, Andreas Bovenschultes Laune ist dennoch prächtig. Um 5 Uhr am Montagmorgen, gleich nach der Wahlparty, ist der amtierende und künftige Bremer Bürgermeister in seinen Dienstwagen gestiegen und hat sich nach Berlin fahren lassen. In der Parteilzentrale der Bundes-SPD wird er am Vormittag mit Blumen und Schülterklopfen empfangen. Das Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU, welches Bovenschulte eine Woche zuvor noch sah, hat er am Sonntag recht souverän für sich entschieden. Über vier Prozentpunkte liegt die SPD laut Hochrechnungen am Montag vor der CDU. Das vorläufige amtliche Endergebnis wird am Mittwoch erwartet.

Auch wenn die 30 Prozent für die Bremer SPD bei Lichte besehen das zweitbesteste Ergebnis im Stadtstaat seit Kriegsende sind – die SPD ist wieder Nummer eins und hat alle Trümpfe zur Regierungsbildung in der Hand. Ob er das

Bündnis mit Grünen und Linken fortsetzt oder die CDU zur Großen Koalition bittet, will Bovenschulte nun sondieren. Rechnerisch möglich, aber unwahrscheinlich wäre auch eine Ampelkoalition.

Am Montag ließ der Bremer Wahlsieger seine Präferenzen offen. „Die Bilanz von Rot-Grün-Rot ist ordentlich“, sagte Bovenschulte. Wobei „ordentlich“ aus dem Hanseatischen übersetzt wohl „toll“ heißt. Er gehe aber ohne feste Koalitionsabsicht in die Sondierungsgespräche, die er mit allen demokratischen Parteien führen werde, sagte Bovenschulte. Und wolle Inhalte in den Vordergrund stellen.

„Uns geht es darum, so viel von unserem Programm umzusetzen wie möglich“, bekräftigte auch der Bremer SPD-Chef Reinhold Wätjen am Montag unisono im Bremer Rathaus. Man werde daher „ergebnisoffen“ und „sehr ernsthaft“ mit allen im Landtag vertretenen Parteien reden – allen außer den rechtspopulistischen „Bürgern in Wut“. Eine Große Koalition ist also durchaus denkbar, die Gespräche dar-

über sind nicht nur rein taktisch motiviert.

Für die CDU betonte der Landesvorsitzende Carsten Meyer-Heder, er sehe inhaltlich „mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede“ mit der SPD. „Die Wechselstimmung, die es 2019 gab, gibt es heute noch“, so der damalige Spitzenkandidat.

Eine wirkliche Wechselstimmung lässt sich aus den vorläufigen Zahlen jedoch nicht her-

### Die CDU dient sich der SPD an: Es gebe „mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede“

auslesen. Die amtierende Koalition kommt zusammen auf 49 Sitze in der Bürgerschaft – fünf über der absoluten Mehrheit. Exakt so viele hätte auch eine Neuaufgabe von Rot-Grün-Rot. Die SPD gewann über 10.000 Wähler:innenstimmen von den Grünen, mehr als von jeder anderen Partei.

Eine Große Koalition hätte sogar 52 Sitze. Doch ein Knackpunkt bei den Sondierungsgesprächen mit der SPD dürfte der erste kurz vor der Wahl beschlossene Ausbildungsfonds sein. Die Idee: Alle Unternehmen zahlen ein; Betriebe, die ausbilden, erhalten aus dem Fonds zusätzlich Geld. Die CDU lehnt den Ausbildungsfonds aber ab – SPD und Gewerkschaften finden ihn vorbildlich. Ein weiteres Thema, das im Wahlkampf eine Rolle spielte, dürfte sich auch durch die Sondierungen ziehen: Das Gesetz zum Heizungstausch des grünen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck. SPD-Chef Lars Klingbeil sieht sich am Tag nach der Wahl darin bestätigt, nun parlamentarisch nachzubessern. Heißt: eine sozial gestaffelte Förderung und „lebenspraktische Ausnahmen und Übergänge“ einzubauen. Bovenschulte warnte, am 1. Januar ein „halbfertiges“ Gesetz in Kraft zu setzen. Die Debatte, wie und wann das Gesetz kommt, geht also weiter – wobei die Länder inklusive Bremen erhebliche Bedenken haben.

### Bürgerschaftswahl in Bremen

Quelle: Hochrechnung Statistisches Landesamt Bremen, 15.05.2023, 12:45 Uhr in Klammern: Wahlergebnis 2019

